

Deutschland-Irschenberg: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
OJ S 17/2023 24/01/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Irschenberg
Postanschrift: Kirchplatz 2
Ort: Irschenberg
NUTS-Code: DE21F Miesbach
Postleitzahl: 83737
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Gemeinde Irschenberg
E-Mail: info@irschenberg.com
Telefon: +49 806270390
Fax: +49 8062703970
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://irschenberg.de/>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av1ca147-eu>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av1ca147-eu>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Sperling und Partner Rechtsanwälte mbB
Postanschrift: Evastr. 2
Ort: München
NUTS-Code: DE212 München, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 81927
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Rechtsanwalt Axel C. Sperling
E-Mail: kanzlei@sperling-partner.de
Telefon: +49 899209090
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.sperling-partner.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Vergabe von Planungsleistungen - Technische Gebäudeausrüstung ELT - für das Projekt „Umbau der Kläranlage“ in der Gemeinde Irschenberg
Referenznummer der Bekanntmachung: 139-2022 ELT

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Der Auftraggeber unterhält und betreibt eine öffentliche Einrichtung zur Abwasserbeseitigung, die ein Kanalnetz und eine Kläranlage umfasst. Die biologische Reinigungs-Stufe der zentralen Kläranlage ist mittlerweile durch den stetigen Anstieg des Abwasseranfalls ausgelastet. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt der Auftraggeber, die Kläranlage umzubauen, zu erneuern und um Anlagenteile zu erweitern. Hierfür benötigt er die Planungsleistungen der technischen Gebäudeausrüstung - Elektroplanung - Anlagengruppe 4.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 80 000,00 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE21F Miesbach

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Der Auftraggeber unterhält und betreibt eine öffentliche Einrichtung zur Abwasserbeseitigung, die ein Kanalnetz und eine Kläranlage umfasst. Die biologische Reinigungs-Stufe der zentralen Kläranlage ist mittlerweile durch den stetigen Anstieg des Abwasseranfalls ausgelastet. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt der Auftraggeber, die Kläranlage umzubauen, zu erneuern und um Anlagenteile zu erweitern. Hierfür benötigt er die Planungsleistungen der technischen Gebäudeausrüstung - Elektroplanung - Anlagengruppe 4.

Für die Umsetzung dieses Projekts hat der Auftraggeber bereits eine Machbarkeitsstudie / Vorplanung erstellen lassen, die die Planungsdisziplinen Objektplanung Ingenieurbauwerke, Tragwerksplanung und Technischen Ausrüstung (Verfahrenstechnik) umfasst. Die Machbarkeitsstudie / Vorplanung ist als Teil der Vergabeunterlagen abrufbar.

Die bauliche Umsetzung des Projekts soll Anfang des Jahres 2023 beginnen und bis zum Ende des Jahres 2024 im Wesentlichen abgeschlossen sein (Inbetriebnahme). Es handelt sich bei der zu realisierenden Anlage und insbesondere bei den Bodenfiltersystemen unter Verwendung von Aktivkohle um ein Pilotprojekt. Dieses wird wissenschaftlich begleitet durch

ein Team der TU München. Der Auftragnehmer hat im erforderlichen Umfang mit dem Forschungsteam zu kooperieren, um eine wissenschaftliche Aufbereitung des Projekts zu ermöglichen und ggf. neueste wissenschaftliche Erkenntnisse in seine Planung einzubeziehen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 80 000,00 EUR

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 15/03/2023 Ende: 31/12/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: ja

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Vorlage einer Eigenerklärung des Bewerbers, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Eigenerklärung über den Umsatz (netto) in den

Tätigkeitsbereichen des Auftrags in den letzten drei Jahren (2019, 2020, 2021) gemäß § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV;

2. Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung gemäß § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3, Abs. 4 Nr. 2 VgV bei einem in der Europäischen Union zugelassenen Haftpflichtversicherer für Personenschäden sowie für Sach- und Vermögensschäden mit den Deckungssummen je Schadensfall von jeweils mindestens:

- Personenschäden: 3.000.000 EUR;

- Sach- und Vermögensschäden: 1.500.000 EUR.

Der vorgenannte Versicherungsschutz muss mindestens für die Dauer des verfahrensgegenständlichen Auftrags bestehen. Die Maximierung der

Schadensregulierung muss innerhalb Deutschlands im Jahr mindestens das 2-fache der geforderten Deckungssummen betragen. Im Falle einer

Bewerbergemeinschaft ist von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft eine entsprechende Erklärung über das Bestehen einer Versicherung zu den o. g. Bedingungen vorzulegen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestumsatz: EUR 300.000,00

Bestehen einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung

Deckungssummen je Schadensfall von jeweils mindestens:

- Personenschäden: 3.000.000 EUR;
- Sach- und Vermögensschäden: 1.500.000 EUR.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Eigenerklärung zur Anzahl der durchschnittlich in den letzten drei Jahren (2020 bis 2022) in den Tätigkeitsbereichen des Auftrages beschäftigten Mitarbeiter inkl. Führungskräfte gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV;

2. Eigenerklärung über eine Eignungslleihe gemäß § 47 Abs. 1-3 VgV:

- im Falle der Eignungslleihe hat der Bewerber nachzuweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel/Kapazitäten des anderen Unternehmens im Auftragsfall tatsächlich zur Verfügung stehen werden;

- der Nachweis kann beispielweise mit einer Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens erbracht werden;

- bei der Eignungslleihe der beruflichen Kapazität eines anderen Unternehmens hat der Bewerber das andere Unternehmen zugleich als

Unterauftragnehmer anzugeben und einzusetzen;

- bei der Eignungslleihe der wirtschaftlichen und finanziellen Kapazität eines anderen Unternehmens wird die Zurverfügungstellung des Eignungskriteriums in Form einer gemeinsamen (=gesamtschuldnerische) Haftung im Sinne des § 47 Abs. 3 VgV durch das vorgenannte Unternehmen verlangt; auf Anforderung des Auftraggebers hat der Bewerber eine Erklärung vorzulegen, wonach eine gemeinsame Haftung des Bewerbers und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungslleihe besteht.

3. Eigenerklärung über die beabsichtigte Vergabe von Unteraufträgen gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV;

4. Angabe von mindestens drei Referenzen des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV über in den letzten fünf Jahren (01/2018 bis einschließlich 12/2022) erbrachte Leistungen, die mit den zu vergebenden Dienstleistungen vergleichbar sind. Eine Referenz ist dann vergleichbar, wenn im Rahmen dieses Referenzauftrags ab dem Jahr 2018 Leistungen erbracht wurden, deren Planungs- und Beratungsanforderungen mit denen der zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind, und die Leistungen bis vor der Veröffentlichung dieser Auftragsbekanntmachung abgeschlossen wurden, d.h. die Gesamtabnahme der Bauleistung erfolgt ist. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Bewerber/der Bewerbergemeinschaft zwingend drei Referenzen angeben muss. In diesem Fall werden nur die angegebenen Referenzen gewertet.

Die Referenzen werden anhand folgender Kriterien bewertet:

- mind. HOAI-Leistungsphasen 2 bis einschl. 8 erbracht;
- Baukosten (KG 300 bis 700) von mind. EUR 3 Mio. (brutto);
- Auftrag umfasst Maßnahme an einer Kläranlage der Größenklasse 3;

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestmitarbeiterzahl: 2 Ingenieure (oder vergleichbar), 2 weitere Mitarbeiter

Mindestens 3 Referenzen zu den obigen Kriterien

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Natürlichen Personen, die gemäß den Rechtsvorschriften Ihres Heimatlandes am Tag der Bekanntmachung zur Führung der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ berechtigt sind. Ist in dem jeweiligen Heimatland die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen als Ingenieur, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG gewährleistet ist. Juristischen Personen, wenn deren satzungsgemäßer Geschäftszweck auf Planungsleistungen der hier gegebenen Art ausgerichtet ist. Bei Bewerbungsgemeinschaften muss jedes Mitglied benannt und teilnahmeberechtigt sein.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 24/02/2023 Ortszeit: 18:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/04/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 27/02/2023 Ortszeit: 09:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern bei der Regierung von Oberbayern

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Ort: München

Postleitzahl: 80538

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

VI.4.2. Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern bei der Regierung von Oberbayern

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Ort: München

Postleitzahl: 80538

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen (maximal 4000

Zeichen): Auf Antrag kann bei der unter Ziffer VI.4.1) genannten Stelle ein

Nachprüfungsverfahren eingeleitet werden. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor

Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur

Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern bei der Regierung von Oberbayern

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Ort: München

Postleitzahl: 80538

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

19/01/2023